

Philipp GASSERT / Ulrich NIESS / Harald STOCKERT (Hg.), *Zusammenleben in Vielfalt. Zuwanderung nach Mannheim von 1607 bis heute* (Veröffentlichungen zur Mannheimer Migrationsgeschichte, Bd. 1). Ubstadt-Weiher: verlag regionalkultur 2021. 319 S., zahlr. Abb. und Grafiken. ISBN 978-3-95505-311-6. Brosch. € 24,80

„Seit ihrer Gründung ist Mannheim eine Einwanderungsstadt.“ Das knappe Statement im Geleitwort (S.3) füllen 13 Beiträge mit historisch-sozialem Leben von 1607 bis 2020. Auch die Autoren und Autorinnen, alle von den Mannheimer Geschichtsinstitutionen (Historisches Institut der Universität, Altertumsverein, MARCHIVUM, TECHNOSEUM), betonen, dass Zuwanderung hier „schon immer eine außergewöhnliche Rolle gespielt hat – und immer noch spielt“ (S.9), bei „Menschen aus rund 170 Nationen“, die „im globalisierten 21. Jahrhundert“ zusammenleben (S.7). Doch sei sie stets eine Herausforderung: „Die Begegnung mit dem Fremden kann Interesse und Neugier, aber auch Ängste und Ablehnung hervorrufen, kann als Bereicherung wie als Bedrohung wahrgenommen werden“ (S.3).

Beides zieht sich wie ein roter Faden durch die Epochen. „Freyheiten“ in vier Sprachen versprechend, wurden 1607 qualifizierte „reformierte Refugianten“ aus Frankreich und der Wallonie in die Neugründung gelockt. Sie trafen „auf eine pfälzische Mehrheitsbevölkerung, die den Fremden gegenüber keineswegs immer freundlich gesinnt war“ (H. Wiegand, S.12–29). Auch zum Wiederaufbau seit 1649 waren „Leut von allen Nationen“ nötig, weshalb „einzigartige“ Privilegien ausgeschrieben wurden – ein „multinationales und -religiöses Experiment“ ohne „religiöse Abschottung“, auch nicht der Juden. Zur Versöhnung der christlichen Konfessionen entstand 1677–80 die Concordienkirche, doch war „die religiöse Vielfalt ein Wunsch des Kurfürsten, weniger der Einwohner*innen selbst“. Ein „wertschätzendes Miteinander“ kam nicht zustande, und die Zerstörung 1689 war auch das „gewaltsame Ende des Mannheimer Experiments“ (S. Schlösser, S.30–49).

Für die „Auferstehung aus Ruinen“ nach 1697 war wieder Zuwanderung der „elementare Baustein“, vor allem aus der Region. Zur Multinationalität trugen Spezialisten aus Wallonien, Frankreich und Italien bei. Erneut traten konfessionelle Animositäten zutage, so durch Sonderrechte wie konfessionelle Zünfte, die sich „argwöhnisch beäugten“. „Nicht erwünscht“ waren Sinti und „Betteljuden“, bedingt geduldet Mennoniten und Pietisten; Letztere wanderten seit 1709 nach Nordamerika aus. Wegen ihrer Wirtschaftskraft wurden Juden begünstigt, was Konfliktstoff mit dem christlichen Umfeld barg. So konnte auch jetzt „von einer auf Toleranz basierenden Stadtgesellschaft schwerlich die Rede sein“, und trotz notwendiger Zuwanderung bestand eine „weitgehend klare Abgrenzung“ (U. Nieß, S.50–71).

Seit 1720 Residenz, veränderte sich Mannheim zu einer „internationalen, multikulturellen Stadt“, die Menschen anzog. Hofangehörige, Militärs und Klerus hatten einen Sonderstatus und pflegten die französische Hofkultur. Mannheim wurde zur „Konsumentenstadt“, was unter anderem italienische Händler für Luxuswaren nutzten. Den Zuzug anderer „Fremder“ handhabte man jedoch restriktiv und schrieb für eine bürgerliche Existenz Mindestvermögen und -alter vor: „Eine sozial differenzierte Bevölkerungspolitik, die stark auf das ökonomische Potenzial der Einwanderungswilligen setzte“ (H. Kümper, S.72–93).

Die „Migrationssteuerung“ blieb, bewirkt auch durch den Verlust des Hofes 1778 und die Revolutionskriege, die Mannheim verarmen ließen. 1803 an Baden gedenken, war den meisten Personen „ein Recht auf Mobilität und Migration“ weiterhin versagt. „Unerwünschte“ ließ die Polizeiordnung ausweisen, das Bürger- und Beisassenrecht war restriktiv, die Ansiedlung Wohlhabender jedoch gewünscht (S. Pister, S.94–109). Die Frühindustrialisierung 1815–1860 sah den Konflikt zwischen staatlichen und kommunalen Interessen: Freizügig-

keit und Gewerbefreiheit, „dem gesamtökonomischen Fortschritt dienlich“, standen gegen den Schutz des Handwerks, die Furcht vor Übervölkerung und Überlastung des Sozialsystems. Doch waren ausländische Unternehmer und Fachkräfte „gerne gesehen“. So kamen „maßgebliche Impulse zur Entwicklung aus dem Ausland“ und „läuteten den Aufstieg zur Industriemetropole ein“: Italienische Kaufleute (Giulini), britische Rentiers und Ingenieure (Newhouse), das französische Personal der „Spiegelfabrik“ (E. Veyel, S. 110–129).

Im Gefolge der „neuen Ära“ in Baden seit 1860 mit liberalen Reformen wie Handels- und Gewerbefreiheit, Aufhebung der Zünfte, bedingter Niederlassungsfreiheit und Emanzipation der Juden entwickelte sich Mannheim zur Handelsmetropole und Industriestadt. In die Gänge kamen auch Mobilität und Wachstum der Bevölkerung, die sich 1861–1890 verdreifachte, mit dem „Bauboom der expandierenden Großstadt und den aus dem Boden schießenden Industriebetrieben“ (W. Kreutz, S. 130–147). Bewegungsfreiheit zwischen den deutschen Staaten und ein moderates Einbürgerungsrecht erleichterten 1890–1914 die Arbeitsmigration vor allem „aus dem Reich“, die Hälfte aus Baden, dessen arme Bevölkerung, etwa aus dem Odenwald, „in die verheißungsvolle Metropole strömte“. „Transnationale Migration“ kam aus Österreich-Ungarn, der Schweiz, Italien und Russland – im Industriegebiet Sandhofen war „ein Gewirr von Sprachen und Trachten“. Doch sah man auch „unverhohlene Anfeindungen“ und „rassistische Einordnungen“ seitens der Einheimischen, die Kriminalität und Verwahrlosung befürchteten, während die Zuwanderer unter den Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnissen litten (A. Gillen, S. 148–167).

1914 wurden viele zu „feindlichen Ausländern“, zu denen sich Gefangene und Zivilarbeiter gesellten, während Vertriebene und Evakuierte in die Stadt strömten (D. Kelimes, S. 168–189). Nach dem 1. Weltkrieg drängten Flüchtlinge und heimkehrende Soldaten herein, Zuwanderung schien unnötig, und der „Inländervorrang“ ließ die Zuzugsanträge ablehnen. Die „Verhinderung von Arbeitsmigration“ ging einher mit einer „Misstrauenskultur gegenüber Ausländern“. Sie verschärfte das NS-Regime durch „eine rassistische Ausweisungs- und Abschiebepolitik“. Zuwanderung war nur saisonal, so aus Italien; 1938 kamen erste „Fremdarbeiter*innen“ (H. Stockert, S. 190–207). Die Kriegs- und Nachkriegsjahre sahen dann „gewaltige Fluchtbewegungen“ und „erzwungene Ab- und Zuwanderungen“. Als Kategorien finden sich: Kriegsgefangene, „Zwangsarbeiter*innen“, Häftlinge, Deportierte, Evakuierte, Displaced Persons, Heimatvertriebene, Kriegsheimkehrer, jüdische DPs und Rückwanderer, Ostzonenflüchtlinge, „Spätheimkehrer*innen“ (A. Borgstedt, S. 208–225).

Die Jahre 1955–1980 standen im Zeichen der „Gastarbeiter“: Ihr „Willkommen nur als Werkkräfte“, die Jobs im Niedriglohnsektor und als „Konjunkturpuffer“, Diskriminierung, behelfsmäßige Unterkünfte, Argwohn der Bevölkerung, Benachteiligung in der Bildung, wogegen Deutsche mehr Chancen für Aufstieg bekamen. Hatten 1983 schon 14,4 % der Einwohner einen Migrationshintergrund, so beinhaltete dies die Erklärung der Stadt zum „überlasteten Siedlungsgebiet“, Notstände durch plötzliche Arbeitslosigkeit und steigende Kosten im Sozial- und Bildungssektor. Langsam kamen auf kommunaler Ebene Maßnahmen zur Integration, so 1974 ein „Ausländer-Beauftragter“, während es bundespolitisch hieß: „Die BRD ist kein Einwanderungsland.“ Und „im öffentlichen Diskurs festigte sich das Vorurteil, ‚Ausländer‘ als ‚Problem‘ und ‚Bedrohung‘ wahrzunehmen“ (J. Scialpi, S. 226–259).

In die Aktualität „einer widerwilligen Einwanderungsgesellschaft“ führt „1980–2020: Eine ‚City of Immigrants‘“. Ausgangspunkt ist die „Erklärung für Toleranz und Offenheit“ von 1989, die für ein „Miteinander in Vielfalt“ plädierte. Mannheim entdeckte sich „affir-

mativ als Einwanderungsstadt“, trotz der „Sprengkraft migrationspolitischer Fragen“ und alltäglichem Fremdenhass. Symbol ist der „hart umkämpfte, heute akzeptierte Bau der Yavuz-Sultan-Selim-Moschee“ (1993–1995). „Befreiungsschlag“ war das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1998 mit dem Doppelpass, während die Stadt die lokale Migrationspolitik professionalisierte und „Multikulti“ zur Leitidee wurde. Neue Abwehrhaltungen kamen mit den Asylanten, ebenso die Erkenntnis, dass „die Probleme herkunftsgesteuerter Vielfalt niemals vollständig gelöst werden können“, da sie „Teil gesellschaftlicher Dynamiken sind“. Die Integration von Eingewanderten ist, wie Sozial-, Verkehrs- und Bildungspolitik, „eine Dauerbaustelle“ – und „Einwanderungsstadt zu sein, heißt nicht, dass Fremdenfeindlichkeit verschwindet“. Doch wird für 2020 festgehalten, dass hier „die Stadt der Eingewanderten Normalität ist“ und man „für das Zusammenleben in Metropolen“ sogar „Vorbild“ sein will (Ph. Gassert, S. 260–295).

Mit Sicherheit haben die „Expertinnen und Experten“ (S.7) ihre jeweilige Zielsetzung für die Darstellung der Mannheimer Zuwanderungsgeschichte erreicht, vorbildlich auch für andere Kommunen. Dazu tragen die kompakten, übersichtlichen Texte ebenso bei wie die reiche Bebilderung und die Schaubilder. Von allgemeinem Wert sind die Erkenntnisse über „die Fremdheit“, die weniger „kulturell“ als „sozial“ verursacht ist: durch „mangelnde Zugehörigkeit“ (S. 89 f.) bzw. „Nichtzugehörigkeit“ (S. 247). Betroffen macht, dass trotz aller Initiativen und Kampagnen der Rassismus nicht zu verdrängen ist: „Er ist in die Gesellschaft tief eingeschrieben“ (S. 287).

Ein Problem des Rezensenten am Rande: Das ausgiebige „Gendern“, das dem „Vergnügen an der Lektüre“ (S. 5) doch zusetzte. Neben Paarformen („Exulantinnen und Exulanten“) häufen sich die Gendersternchen: „Erst als Bürger*innen bzw. Beisass*innen waren Migrant*innen [...] integriert.“ Kunstwörter wie „Zeitgenoss*innen“, „Dienstbot*innen“, „Türk*innen“, „Pol*innen“, „Russ*innen“ u. v. a. bestehen die „Weglassprobe“ nicht. Wäre in ihrem Kontext das generische Maskulinum nicht sprachlich eindeutig? Wen meinen „Refugiés“, und sind „feindliche Ausländer*innen“ oder „Spätheimkehrer*innen“ wirklich aus den Quellen zitiert?

Hans Harter

Lea OBERLÄNDER, Mannheims verdrängte Opfer. Porträt einer Stadt im System der NS-„Euthanasie“. Ubstadt-Weiher: verlag regionalkultur 2022. 312 S., 27 Abb. ISBN 978-3-95505-318-5. € 29,80

In den letzten Jahren sind mehrere dezidiert lokal- und regionalgeschichtliche Studien zum Themenkomplex Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“ veröffentlicht worden. Während der Fokus zahlreicher historischer Studien bisher auf den Tatorten, also den einzelnen Anstalten, Heimen und Kliniken lag, verschiebt sich in jüngerer Zeit der Fokus mehr auf das soziale Eingebundensein der Institutionen und ihre Interaktionen mit der breiteren Gesellschaft. Die detaillierte Rekonstruktion der verschiedenen Mordaktionen ist noch immer nicht überall abgeschlossen. Dennoch rücken nun verstärkt breitere, sozialhistorische Fragestellungen in den Mittelpunkt. Welche gesamtgesellschaftlichen Konstellationen ermöglichten die Patientenmorde, und wie wirkten sich diese wiederum auf die Sozialstrukturen im Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik aus? Diesem Problemkomplex widmet sich auch Lea Oberländer.

Oberländers Studie ist die überarbeitete Fassung ihrer Dissertation, die sie im Sommer 2020 an der Universität Mannheim eingereicht hat. Über etwas mehr als 300 Seiten verfolgt